



Leserbrief von Horst Reising zum Streitfall Straßenausbau

"Nein" zum Straßenausbaubeitragsgesetz fordern die Bürger Thüringens unter der Dachorganisation der Bürgerallianz seit Jahren. Ist doch im Internet zu lesen, dass das Berliner Parlament über die Abschaffung des Straßenausbaubeitragsgesetzes debattiert und dass die CDU in einem Antrag die Linke und die FDP unter Druck setzt.

Wie sieht es nun in Thüringen aus? Hier ist es die CDU-geführte Landesregierung, die ein Gesetz beschlossen hat, dass alle Städte und Gemeinden verpflichtet, eine Straßenausbaubeitragssatzung zu beschließen. Wenn Innenminister Geibert (CDU) bei der von der Bürgerallianz geforderten Infrastrukturabgabe an Stelle der Straßenausbaubeiträge von einer zweiten Steuer spricht, ist es vergleichbar mit den wiederkehrenden Beiträgen. Auch wiederkehrende Beiträge sind dann nichts anderes als eine Steuer. Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag sollte sich ebenfalls wie in Berlin für die generelle Abschaffung von unsozialen und ungerechten Beiträgen einsetzen.

Horst Reising aus Waltershausen / 23.09.11 / TA